

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Illig & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias

**Aus-
Annahme-Bureau.**
 In Berlin, Breslau,
 Dresden, Frankfurt a. M.,
 Hamburg, Leipzig, München,
 Stettin, Stuttgart, Wien:
 bei G. L. Daube & Co.,
 Haasenstein & Vogler,
 Rudolph Mosse.
 In Berlin, Dresden, Görlitz
 beim „Invalidendank“.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 9. Juni.

Alt. 395.

1880.

Amphibians.

Berlin, 8. Juni. Der König hat geruht: dem Direktor der Mechanischen Weberei zu Linden bei Hannover, Wilhelm Verding, den Charakter als Kommerzien-Rath zu verleihen.
Der König hat geruht: die durch den 33. General-Landtag der Preußischen Landschaft vom 19. März d. J. getroffenen Wahlen des bisherigen General-Landschafts-Direktors Bolz auf Parenen zum General-Landschafts-Direktor, des bisherigen Landschafts-Raths von Seemen auf Sprindlack zum Landschafts-Direktor des königsberger Departements, des bisherigen Landschafts-Direktors von Knobelsdorff auf Scharnigk zum Landschafts-Direktor des mohrunger Departements, des bisherigen Landschafts-Direktors Zacher auf Dubinum zum Landschafts-Direktor des angerburger Departements, ferner der seitherigen General-Landschafts-Räthe: Haebeler auf Eugenberg, von Bardeleben auf Rinau und Richter auf Packerau zu General-Landschafts-Räthe, und endlich der Rittergutsbesitzer von Rode auf Louisiana, Douglas auf Ludwigsort und Dr. Aschenheim auf Prahnicken zu Stellvertretern der General-Landschafts-Räthe für den Zeitraum vom 1. Juli 1880 bis dahin 1883 zu bestätigen.
Der Intendantur-Referendar Buehstein vom III. Armee-Korps ist unter Neberweisung zu der Intendantur VII. Armee-Korps zum etats-

Politische Uebersicht.

Posen, 9. Juni

Dem Fürsten Bismarck wäre es allerdings ein unbehagliches Gefühl, wenn die kirchenpolitische Vorlage blos mit einer konservativ-lerikalen Mehrheit zum Gesetz erhoben würde, denn dadurch würde das letztere von vornherein beim Volke in schlechtem Ansehen stehen. Darum sucht er, wie der jüngst aus der „Kölner Zeitung“ zitierte Artikel darthut, auf die Nationalliberalen einzuwirken, indem er an ihr Selbstbewußtsein appellirt, das sie vor byzantinischem Servilismus gegen die Massen bewahren sollte. Fürst Bismarck vergisst dabei nur, daß, wenn das Ansehen der Führer erschüttert ist, dies auch mit seiner Beihilfe geschah, indem er selbst vor einem Jahre über die Köpfe derselben weg an die Massen sich wandte. Wenn die Nationalliberalen sich jetzt bereiten und bewegen lassen, ihre ablehnende Haltung aufzugeben, riskieren sie den Verlust jedes politischen und moralischen Prestige's, das sie im Volke besitzen. Sich dafür aufzuopfern, daß dem Fürsten Bismarck etwa der Refus der gegenwärtigen Vorlage erspart würde, haben sie wahrlich keinen Grund. Uebrigens wird regierungsseitig auch das Z e n t r u m nach Kräften bearbeitet. Es wird jetzt folgende Mittheilung verbreitet, welche an die wiederholt in offiziösen Kundgebungen geäußerten Geheimnissvollen Drohungen anknüpft:

„Der Kanzler ist in aufgeregter Stimmung und entschlossener als gegen die Ultramontanen mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen. Er betrachtet das Verfahren der Zentrumsmitglieder in der Kommission, wie das Gebahren der katholischen Presse und Vereine als völlig ungeeignet, einen modus vivendi zu erzielen. Sollte das Zentrum die ungewöhnliche Vorlage ablehnen, so hat es damit das Signal zu einem Kampf gegeben, der nur mit seiner völligen Vernichtung enden kann. Die vorbereitenden Maßregeln zur Desorganisation der staats- und kulturrendlichen Partei sind bereits in der Ausarbeitung begriffen. Dem Reichstag wird im Falle der fortgesetzten schroffen Opposition seitens der Ultramontanen in seiner nächsten Session eine Vorlage zugehen, die analog dem Sozialisten Gesetz in erster Linie die katholische Presse und Vereine verbieten und die Agitatoren außerhalb der parlamentarischen Körperschaften unter die Herrschaft jenes Gesetzes stellen wird. Dasselbe soll der Regierung nicht blos die Befugniß geben, den kleinen Belagerungsstaat in Städten, sondern über jene katholischen Provinzen zu ver- handeln.“

ungen, welche den Herd der römischen Bühlereien bilden.“ Die Kirchengesellschaftskommission setzte gestern ihre Be-
ratungen bei § 10 fort, der von den Niederlassungen geistlicher Ge-
nossenschaften handelt. Abg. Dr. Brüel begründet seine Anträge zu
diesem Artikel; dieselben lauten: 1) nach „die Pflege“ zuzufügen: „von
den Genossenschaften, sowie die Pflege“; 2) nach Alinea 3 folgendes Alinea einzufü-
gen: „Den Genossenschaften ist die Aufnahme neuer Mitglieder
zulassen:“ (S. 2 im Geize vom 31. Mai 1875) gestattet, soweit ihnen nicht die
Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten Beschränkungen
daran auferlegen.“ Der Kultusminister erwidert, daß durch diese An-
träge das Prinzip, die Kongregationen auf die Krankenpflege zu be-
schränken, aufgegeben und ihre Thätigkeit auf die Erziehung ausgedehnt
werden würde; der betreffende Antrag sei also unzulässig, so lange der
Staat jenes Prinzip festhalte. Abg. v. Schorlemer bestreitet, daß die
Regierung, wie der Kultusminister behauptete, in Art. 10 sehr weit ent-
gegengestanden sei. Wenn man alle möglichen geheimen Verbindungen
z. B. die Freimaurer, gewähren lasse, so erscheine die Unterdrückung der
geistlichen Genossenschaften als schreiende Härte. Er beantragt: 1) in
Alinea 1, Zeile 5 das Wort „widerustlich“ zu streichen; 2) Alinea 2
ganz zu streichen; 3) nach Alinea 3 folgendes neue Alinea einzufü-
gen: „Den Genossenschaften ist die Aufnahme neuer Mitglieder ge-
stattet. Die Verwendung und Verlebung der Mitglieder unterliegt
der Aufsicht des Staates nicht.“ Der Kultusminister erklärt, er könne
die Anträge von Schorlemer nur dahin auflassen, daß sie die Staats-
aufsicht einfach aufhöben; dieselben seien daher für die Staatsregierung
unannehmbar. Die Abgg. Franz und Reichenperger klagen über die
unangemessene Behandlung der weiblichen Genossenschaften und die dar-
aus entstehenden Notstände. Abg. v. Schorlemer bekämpft die Ar-
gumente des Kultusministers. Abg. v. Bennigen ist im Ganzen sehr
geneigt, der Regierung entgegenzukommen, wenn sie für die Thätig-
keit derjenigen Genossenschaften, welche sich der Krankenpflege und
Begleitung auf die Waisen, welche der Antrag Brüel wolle, sei eine
Ausdehnung der Erziehungsthätigkeit. Dazu werde man sich nicht
verstehen können. Abg. Windthorst spricht für die Anträge Brüel und
Schorlemer, Abg. Schmidt-Sagan gegen dieselben. Abg. Kloß er-
klärt, gegen den Antrag stimmen zu wollen. Nachdem an der weiteren

Diskussion sich noch die Abg. v. Cum, Weber, v. Hammerstein, Graf Limburg-Stirum, v. Schorlemer und Graf Winzingerode betheilt haben, wird bei der Abstimmung, unter Ablehnung der Anträge Brüel und v. Schorlemer, die erste Hälfte des Abs. 1 des Art. 10 einstimmig, die zweite Hälfte des Abs. 1 mit 15 gegen 6 Stimmen, der 2. Absatz mit 14, der 3. Absatz mit 16 Stimmen, sodann der ganze Artikel mit 15 gegen 6 (nationalliberale und fortschrittliche Stimmen angenommen). Alsdann wendet sich die Berathung zu Art. 11. Derselbe lautet in der Regierungsvorlage: „Der Vorsitz in den Kirchenvorstände von katholischen Kirchengemeinden (§§ 12 und 5 des Gesetzes vom 20. Juni 1875) kann durch königl. Verordnung anderweitig geregelt werden.“ Abg. Brüel beantragt statt dessen folgende Fassung: „Durch königl. Verordnung können unter Abänderung des Gesetzes vom 20. Juni 1875 §§ 12 und 5 zum Vorsitz in Kirchenvorständen von katholischen Kirchengemeinden deren geistliche Mitglieder berufen werden.“ Die Abggs. Schmidt-Sagan und v. Cum führen gegen den Art. 11 aus, daß es unthunlich sei, die Abänderung gesetzlich geregelter organischer Einrichtungen einer Verordnung zu überlassen. Die Gründe, aus welchen im Jahr 1875 die jetzt bestehende Einrichtung in der Kommission und demnächst im Plenum des Abgeordnetenhauses beschlossen worden ist, sprächen auch jetzt noch für die Beibehaltung derselben; übrigens habe sie schon vor dem Gesetz von 1875 am linken Rheinufer ohne irgendeine Schädigung der Autorität der Geistlichen bestanden. Die Abg. v. Bennigsen und v. Zedlitz erläutern es ebenfalls für ein staatsrechtliches Unikum, daß man geistliche Einrichtungen organischer Natur in Verordnungswege abändern lassen solle; ob im regelmäßigen Wege der Gesetzgebung in Beirr des Vorsitzes eine Änderung zu Gunsten der Geistlichen zu treffen, sei allerdings eine später in Erwägung zu ziehende Frage. Der Abg. v. Bennigsen macht im Ubrigen darauf aufmerksam, daß gerade durch die mit dem Gesetze über die Verwaltung in katholischen

Kirchengemeinden gemachten Erfahrungen die gegnerische Behauptung, die Kirche könne und werde sich nie einem mit den kanonischen Vorschriften Widerspruch stehenden Gesetze unterwerfen, schlagend widerlegt werde; denn diese Gesetze habe sie sich wirklich unterworfen, während grade dieses Gesetz in seinen Grundgedanken den kanonischen Grundsätzen direkt widerstreite. Abg. Windthorst will dies daraus erklären, daß die Kirche überhaupt immer nachgebe, wenn sie es nur irgend könne; hier habe sie nachgeben können, weil es sich in dem fraglichen Gesetze nur um Bezmögensangelegenheiten handle. Nachdem der Ministerialdirektor Lennius die Regierungsvorlage verteidigt, die Abgg. v. Stablewski, Windhorst und Brüel für den Antrag des letztern gesprochen haben, wird der Antrag Brüel mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen und Art. 11 in der Fassung der Regierungsvorlage hierdurch bestätigt. Die Kommission geht sodann zu dem vom Abg. Schmidt-Sagan gestellten Antrag über, als Art. 12 hinzuzufügen: „Die Bestimmungen dieses Gesetzes, mit Ausnahme des Art. 3, treten mit dem 1. Januar 1882 außer Wirksamkeit. Hierzu stellt Abg. Grimm den Unterantrag, nach den Worten „mit Ausnahme des Art. 3“ hinzuzusetzen: „und des Art. 10“. Der Kultusminister erklärt sich mit beiden Anträgen einverstanden. Der Abg. Brüel kritisiert den Gedanken, die Geltung der angenommenen Bestimmungen an eine Frist zu binden. Abg. v. Bennigsen erwidert, handle sich nicht um die jetzt angenommenen Bestimmungen, die keinesfalls in der zweiten Lesung so beibehalten würden; es handle sich vielmehr jetzt nur um den Grundsatz, daß dieses Gesetz, wenn es überhaupt zu Stande komme und in welcher Gestalt es auch zu Stande kommen möge, jedenfalls nur für eine kurze Frist gelten solle. Die Abgg. Windthorst und Reichenberger sprechen gegen den Antrag; die erstere verlangt die bestimmte Zusicherung, daß später eine umfassende Revision der ganzen kirchenpolitischen Gesetzgebung vorgenommen werden solle. Bei der Abstimmung wird der eventuelle Antrag Grimm mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt, der vom Abg. Schmidt Sagan beantragte Artikel 12 mit 15 Stimmen gegen die 6 Stimmen des Zentrums angenommen. Die erste Lesung ist damit beendet; die zweite Lesung soll am Donnerstag beginnen werden.

Die offiziösen Korrespondenten scheinen letzter Zeit nicht immer zur Zufriedenheit gearbeitet zu haben; wenigstens läßt es sich so deuten, wenn der „Reichsanzeiger“ schreibt:

„Verschiedene Zeitungen haben neuerdings Mittheilungen, die brachten mit der Einleitung versehen „offiziös wird uns geschrieben“ oder „man schreibt offiziös“. Nach unserer Prehgesetzgebung kann eine Redaktion die Berechtigung bestritten werden, die Bedeutung ihres Artikels durch einen solchen Zusatz zu steigern oder zu vermindern, ob dabei eine Behörde einzugeben, von welcher die angeblich offiziöse Mittheilung herrührt. Mit Rücksicht auf den weiten Spielraum, den die Andeutung für Vermuthungen bezüglich der Urheberschaft solcher Artikel verstattet, ist die Redaktion des „Deutschen Reichsanzeigers“ zu dieser Erklärung ermächtigt, daß aus der erwähnten Bezeichnung niemals der Schluss auf eine Befreiung oder Verantwortlichkeit Seitens

Die „nationalen“ Bewegung in Österreich zieht immer breitere Kreise. Von mehreren Landesvertretungen werden diesmal politische Manifestationen, entweder in Form von Adressen an den Kaiser, oder in Form von Resolutionen geplant. Insbesondere ist davon die Rede, daß der Landtag von Steiermark eine entschiedene Demonstration beabsichtigt. Alles wird jetzt in den Bereich der „nationalen“ Agitation gezogen. So verlangen die Czechen neuerdings, daß bei der vorstehenden Volkszählung die Nationalität eine Rubrik bilde. Die böhmischen Deutschen sind dagegen, weil die Gemeindeämter in den gemischten Orten überwiegend in den Händen der politisch rührigen Czechen sind, und da die Gemeindebehörden die Volkszählung besorgen, so dürften sich keine nationale Zahlenverhältnisse ergeben. Der Besuch des Kaisers in Böhmen wird von den Czechen lediglich für eine ihrer Nationalität gezioltte Aufmerksamkeit ausgenutzt. Derselbe dürfte also zur Beschwichtigung der Geister nichts beitragen, eher zu

Gegenteil. Das blutige in Lyon ausgestellte Hemd Roche fort das die Blanquiisten daselbst zum Siege führen sollte, seine Wirkung verfehlt. Der Heros der Mordbrenner erhielt

der engeren Wahl in Lyon am 6. Juni allerdings 5974 Stimmen, sein Mitbewerber Ballue aber wurde mit 8290 Stimmen zum Deputirten gewählt, weil die Gemäßigten, die das Schlimme dem Schlimmeren vorzogen, für diesen eintraten. Noch in der letzten Stunde vor der Wahl erließ das Komite, welches die Kandidatur Ferrier betrieb, einen Aufruf an seine Freunde und bat, sie möchten für Ballue stimmen. Das Duell zwischen Rochefort und Köchlin hat nach dem Telegraphen zu sechs weiteren Herausforderungen geführt: Lajeune Billard forderte Lepelletier und Arthur Mayer; Lepelletier forderte die Redaktion des „Gaulois“, desgleichen Olivier Pain dieselbe Redaktion, Arthur Mayer forderte Henri Rochefort und zugleich die Redaktion des „Mot d'Ordre“. Am 6. fand auf belgischem Gebiet ein Zweikampf zwischen dem Fürsten v. Santa Severina und Fronsac, Redakteur des „Gil Blas“, statt; ersterer wurde am Vorderarme verwundet. Am nämlichen Tage fand auch in Angoulême ein Duell zwischen Carville, dem Redakteur des bonapartistischen „Suffrage Universel“, und Mulac, Redakteur des republikanischen Blattes „La Charente“, statt; Carville erhielt eine Schramme an der Hand und Lippe, worauf der Arzt den Kampf sofort einstellen ließ. So die Nothen! Die Schwarzen haben ihre Freude jetzt an einer Streitschrift des Kapuzinerpeters Ubald, die den Titel führt: „Les trois Frances“. Die drei Frankreichs sind: „Das satanische Frankreich oder die Revolution, das chimärische Frankreich oder der Liberalismus, das katholische Frankreich oder die Tradition.“ Diese Schrift, die hauptsächlich gegen die Liberalen, die Pius IX. verflucht hat, gerichtet ist, wird im „Univers“ gepriesen, das zugleich ein Schreiben des Bischofs Freppel an Pater Ubald veröffentlicht, in welchem dieser die Schrift empfiehlt und besonders hervorhebt, daß von allen Feinden, welche jetzt zu bekämpfen seien, zuerst das „chimärische Frankreich“ oder der Liberalismus vernichtet werden müsse: die Liberalen seien die Nebelhäuter, welche in Frankreich noch immer die Ideen von 91 fortpflanzten, welche nicht zu bekehren seien. Aber Freppel ist überzeugt, daß mit Anbruch des zwanzigsten Jahrhunderts der Sieg der Kirche vollständig und der alte Schlachtruf wieder ertönen werde: „Vivat qui Francos diligit Christus!“

Im englischen Unterhause hat, wie bereits kurz telegraphisch gemeldet, am Dienstage Lord Hartington die Stellung des liberalen Kabinetts zur afganischen Frage charakterisiert. Lord Hartington erklärte, die dem neuen Vizekönig von Indien, Lord Ripon, ertheilten Instruktionen seien außerordentlich vollständig, eine Veröffentlichung derselben sei aber unmöglich. Die Regierung verfolge zwei Ziele; ihr erstes sei, die gegenwärtigen militärischen Operationen zu beendigen. So lange das Verbleiben englischer Truppen in Afganistan nothwendig sei, müßten die Vorräthe und die Verbindungen für die Armee gesichert werden, die erste Aufgabe Lord Ripon's sei aber, die räumliche Ausdehnung der Operationen baldmöglichst zu beschränken und außerhalb der von den englischen Truppen besetzten Positionen alle Zusammenstöße mit den Stämmen zu vermeiden. Das zweite Ziel der Regierung bestehe darin, etwas, was wie eine stabile Regierung aussehe, in Afganistan zurückzulassen, wenn sich das Hauptkorps der englischen Truppen zurückziehe. Die Regierung hoffe, daß Letzteres im kommenen Herbst werde geschehen können. Unterhandlungen zu diesem Behufe seien im Gange. Was Kandahar anbetrifft, so habe das zurückgetretene Kabinett diese Frage dahin geregelt, daß Kandahar von Afganistan getrennt und daß eine unabhängige Regierung unter britischem Schutze errichtet werden solle. Er habe kürzlich erklärt, daß alle die Ehre des Landes verpflichtenden Engagements respektirt werden müßten und könne augenblicklich nicht sagen, daß ein anderes Arrangement jetzt möglich sei und, selbst wenn es möglich wäre, als erwünscht angesehen werden würde. Allein die Regierung betrachte weder als günstig, noch als vortheilhaft irgend ein Arrangement, welches eine permanente Besetzung Kandahars durch eine große Streitmacht nothwendig machen würde. Der Vizekönig werde die Frage von diesem Gesichtspunkte aus einer weiteren Prüfung unterziehen. Dasselbe gelte von den in Folge des Vertrages von Gundamuk besetzten Stellungen an der Grenze. Die Regierung sei nicht überzeugt, daß die Stärke der Grenze dadurch vermehrt werde, auch scheine es, als ob dadurch eine sehr bedeutende Vermehrung der Grenztruppen herbeigeführt werde, was die Regierung bedauern würde. Der Vizekönig werde den besten militärischen Rath über die militärische Frage erhalten und unabhängig nach dem Rathe handeln, er werde die Frage, ob die Stellungen beizubehalten oder aufzugeben seien, nach den politischen und militärischen Gesichtspunkten erwägen und werde sich nicht von der bloßen Thatische beeinflussen lassen, daß das durch den Vertrag von Gundamuk Erworbene besetzt bleiben müsse. Der Vertrag von Gundamuk müsse als ein solcher betrachtet werden, der zu bestehen aufgehört habe.

In Norwegen ist eine schwere politische Krisis ausbrechen. Dem Storting ist, wie man aus Christiania

vom 2. d. meldet, offiziell mitgetheilt worden, das König Oskar dem Beschlüsse des Things in Betreff der Staatsrathsangelegenheit (Theilnahme der Minister an den Storthingssverhandlungen) die Sanktion verweigert hat. Der soeben für die Dauer der diesjährigen Session zum Präsidenten des Storthing wiedergewählte Führer der Opposition, Bankirektor Sverdrup, brachte sofort, gewissermaßen als Antwort auf die Mittheilung, folgenden Antrag ein:

Das Storthing hat in Übereinstimmung mit wiederholten Beschlüssen der Repräsentanten des Volks und in Gemäßheit des § 112 des Grundgesetzes eine Grundgesetzbestimmung betreffend die Theilnahme der Staatsräthe (Minister) an den Storthingssverhandlungen angenommen; daher soll diese Bestimmung gelten und derselben als Grundgesetz für das Königreich Norwegen unverbrüchlich nachgekommen werden.

Die mehrerwähnte Staatsrathsangelegenheit hat damit eine bedenkliche Wendung genommen, da ein ernstlicher Konflikt zwischen den Staatsgewalten unvermeidlich ist, falls das Storthing den Sverdrup'schen Antrag annimmt. Nach der norwegischen Konstitution hat der König den Beschlüssen des Storthing gegenüber, soweit diese gewöhnliche Gesetzesangelegenheiten betreffen, nur ein suspensives Veto, welches drei Mal gilt, so daß, falls das Thing denselben Beschuß zum vierten Male faßt, dieser auch ohne königliche Sanktion Gesetz ist. Anders verhält es sich bei Abänderungen des Grundgesetzes. Das „Morgenblad“ von Christiania läßt sich hierüber wie folgt aus:

Es dürfte in dieser Beziehung genügen, daran zu erinnern, daß die Behauptung, das Veto des Königs in Grundgesetz-Angelegenheiten sei ebenso wie bei gewöhnlichen Gesetzes-Angelegenheiten nur ein suspensives, auf ein nicht zu beseitigendes, im § 79 des Grundgesetzes enthaltene Hindernis stößt. Der Wortlaut dieses Paragraphen zeigt ganz deutlich, daß derselbe lediglich auf Beschlüsse Anwendung findet, welche gemäß den für die Annahme des Gesetzes vorgeschriebenen Formen gefaßt sind, d. h. der Behandlung im Odelsthing und Lagting unterworfen sind. Von all' den Autoren, die theoretisch die Materie behandelt haben, läßt sich jetzt kein einziger zu Gunsten der Anficht anführen, daß das königliche Veto, auf Grundgesetz-(Konstitutions-) Angelegenheiten angewandt, nur ein suspensives sein soll — der einzige von diesen Autoren, der sich in einer vor fast 50 Jahren erschienenen Schrift für diese Ansicht ausgesprochen, hat dieselbe längst aufgegeben. Es bleibt also bei Grundgesetzbefreiungen nur die Wahl zwischen einem absoluten oder durchaus keinem Veto. Und was die Praxis betrifft, so ist daran zu erinnern, daß das Storthing im Jahre 1824 einstimmig anerkannte und erklärte, es liege in der Natur der Sache, daß der König ein absolutes Veto habe, soweit es sich um Abänderungen des Grundgesetzes handele."

Wenn hiernach nun auch sowohl Theorie wie Praxis gegen die Berechtigung des Sverdrup'schen Antrages sprechen, so unterliegt es doch kaum einem Zweifel, daß derselbe angenommen wird. Damit würde Norwegen einer Periode schwerer politischer Stürme entgegengehen, welche doch schließlich nur damit enden würde, daß ein anderes, liberaleres Ministerium die Aenderung durchführt, auf welche einzugehen das Ministerium Stang sich beharrlich geweigert hat, denn es läßt sich nicht leugnen, daß die Majorität des norwegischen Volkes in dem vorliegenden Falle nicht auf Seiten des Ministeriums steht. Nimmt doch selbst ein Mitglied des letzteren, der Marineminister Johansen, in diesem Falle eine den Volkwünschen entsprechende Stellung ein und nicht zu vergessen ist, daß ein nicht geringer Theil der Rechten des Storthing für den Beschuß in Betreff der Staatsrathsangelegenheit stimmte.

Der „Messager des Alpes“ veröffentlicht einen Brief, der die Behörde der freiburgischen Gemeinde M. in der Schweiz an eine junge Freiburgerin gerichtet, welche bei einer ehrenwerthen Familie zu Vivis in Dienste getreten war und um die Ausstellung eines Heimathscheines nach M. geschrieben hatte. Folgendes war die Antwort:

M. 22. Sept. 1879.

Mademoiselle!

Ich benachrichtige Sie, daß der Gemeinderath von M. in seiner Sitzung vom 21. September Ihnen nicht gerade den von Ihnen verlangten Heimathschein verweigert, daß er aber wünscht, Sie möchten einen Platz in einer katholischen Familie suchen; denn Sie sind noch zu jung, um sich mitten in einem protestantischen Lande aufzuhalten, wo Ihre Religion meistens geschmäht wird und wo Sie ihre religiösen Pflichten nicht erfüllen können. Bleiben Sie also bei Katholiken, damit Sie Ihre Pflichten erfüllen können, wie sich Solches Christen gesetzt, die würdig dieses Namens sind und dann wird man Ihnen die verlangten Papiere geben.

Genehmigen Sie u. s. w.

S. T., Gemeindeschreiber.

Auf diesen Bericht hin verließ das Mädchen seinen bisherigen Dienst, um einen solchen bei Katholiken zu suchen; denn die Polizei von Vivis verlangte nun einmal die Papiere, welche die Heimath-Gemeinde nur unter jener Bedingung verabfolgen wollte. Diese Geschichte giebt der „Gaz. de Lausanne“ Veranlassung, mit herben Worten die Unzulänglichkeit im Allgemeinen und der katholischen Gemeinde-Behörde von M. im Besonderen zu tadeln. Wir stimmen, so schreibt in Bezug hierauf die „N. Z. B.“, diesem Urtheile vollkommen bei. Indessen hat die Angelegenheit noch eine andere Seite. Warum hat die Polizeibehörde gegen das Dienstmädchen nicht Nachsicht geübt, als sie von der Sachlage unterrichtet wurde? Wir wissen wohl, daß die gesetzlichen Bestimmungen einen Heimathschein verlangen. Wir wissen auch, daß in allen Kantonen solche Vorschriften bestehen. Ist es aber nicht traurig, daß wir in der Schweiz, die wir uns so großer bürgerlicher Freiheit rühmen, uns noch einer Masse polizei-lich er Vor schriften erfreuen, die selbst in solchen Ländern nicht mehr bestehen, welche wir als Polizeistaaten anzusehen gewohnt sind, daß sogar Bürger im Heimatkantone, wenn sie in eine andere Gemeinde ziehen, einen Heimathschein hinterlegen müssen!

Aufstände im türkischen Reich gehörten zwar sonst zu den Alltäglichkeiten, doch scheint eine in Arabien kürzlich ausgeborene muselmännische Bewegung eine ganz besonders ernste Tragweite zu erlangen, da Baron Haymerle die ihm diesbezüglich zugekommenen Berichte den Vertretern an den fremden Höfen mitgetheilt hat. Der vom Grafen Dubsky erfaßte Rapport ist vom 28. Mai datirt und enthält folgende Darstellung des Falles: „Die Unzufriedenheit, welche in Arabien durch die Ernennung des neuen Scherifs von Melka unter den Anhängern der Familie des ermordeten Hussein Pascha hervorgerufen wurde,

scheint bereits zu bedenklichen Folgen geführt zu haben. Mansur Pascha's, oberster Scheikh der Motefik-Araber, die das ganze Gebiet des Schat-el-Arab bis Bassora, Residenz des genannten Paschas bewohnen, hat sich gegen die Pforte empört. Die erste Nachricht hiervon hatte hier die größte Bestürzung hervorgerufen, und wurde Naffir Pascha, der Bruder Mansur Pascha's, schleunig zu Said Pascha berufen, um Aufklärung über die dortige Lage zu geben. Trotz der Bestrebungen Naffir Pascha's, die gegenwärtige Lage in Mesopotamien im günstigen Lichte darzustellen, wurde unverzüglich an den Militär-Kommendanten von Bagdad der Auftrag ertheilt, Truppen gegen die aufständischen Araber zu entsenden. Seitdem ist die Pforte ohne Nachricht, da die telegraphischen Verbindungen zwischen dem aufständischen Gebiete und Bagdad und, wie es scheint, in letzter Zeit auch zwischen Konstantinopel und Bagdad abgeschnitten wurden.“ Die Lage ist um so bedenklicher, als auch der Imam von Mascat, wie aus demselben Berichte hervorgeht, eine bedenkliche Haltung enimmt.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 8. Juni. [Vor der zweiten Kommissionssitzung.] Daß die von der „Kölner Ztg.“ berichtete Aeußerung des Reichskanzlers über die Führer, welche sich wider ihre Überzeugung von ihrer Fraktion lahmlegen ließen, sich in erster Reihe auf die Nationalliberalen bezieht, ist nicht zu bezweifeln; von berufener Seite wird aber die Interpretation laut, daß die Herren Windthorst und Genossen ebenfalls damit gemeint seien. Es ist bisher nicht genügend bekannt geworden, aber eine Thatssache, daß in der Zentrumsfaktion ebenfalls eine lebhafte Opposition gegen die auf Annahme der Regierungsvorlage gerichteten Wünsche der Windthorst, Reichenberger etc. besteht, wie in der klerikal Preß; die am Rhein gewählten ultramontanen Demagogen sind gegen die Führer ebenso auffällig, wie die bonner „Deutsche Reichszeitg.“. Die „Germania“ macht aus dem von ihr getheilten Wunsche der Staatsmänner unter den Klerikalen, die Vorlage angenommen zu sehen, gar kein Hehl, indem sie in ihrer letzten Nummer den Reichskanzler auffordert, doch stärker auf die Konservativen und Nationalliberalen zu drücken; aber die Dissidenten des Zentrums erklären, sie seien entschlossen, unter allen Umständen gegen das Vollmachtsgesetz zu stimmen. Man ist in dieser Beziehung überzeugt, daß die Kurie vorderhand allen Klerikalen freie Hand gelassen hat, und daß das schließliche Verhalten der Opponenten unter ihnen ebenso, wie das der zur Zeit „Versöhnlichen“, von den definitiven Instruktionen der Kurie abhängen wird. Wer weiß ob in der Mittheilung der „Kölnerischen Zeitung“ die Drohung mit künftiger Selbstbeschränkung des Kanzlers auf die auswärtigen Angelegenheiten nicht auch an die Adresse des Batisca gerichtet ist; hat doch Herr Windthorst im Reichstage die Überzeugung ausgesprochen, daß nur Fürst Bismarck dem kirchenpolitischen Kampfe das vom Zentrum ersehnte Ende bereiten könne! Jedenfalls werden nun erst, nachdem die erste Lesung in der Kommission einen Torso als Ergebnis aufweist, aber für alle Parteien zur „Aufklärung des Terrains“ gedient hat, die entscheidenden Verhandlungen beginnen. Das Zentrum hat sich überzeugt, daß mehr, als der Regierungs-Entwurf bot, keinesfalls zu erreichen ist; sein vornehmliches Bestreben wird nunmehr auf Vereitelung der Versuche gerichtet sein, weniger zu gewähren. Dahin gehen die jetzt in Aktion trenden Versuche freikonservativer und vereinzelter, kompromißlustiger national-liberaler Elemente, eine Basis zu schaffen, auf welcher die Freikonservativen, ein Theil der Liberalen und auf Antrieb der Regierung die Konservativen sich zu denjenigen Majorität zusammenfinden könnten, welche Fürst Bismarck in erster Reihe wünscht. Die Aussicht darauf ist aber bis jetzt sehr gering; die National-Liberalen verwerfen durchaus die Rückkehr der Bischöfe, auf welche die Regierung noch immer entscheidendes Gewicht legt, und ebenso die Beschränkung der Strafverfolgung auf die Fälle, in denen der Oberpräsident sie beantragt, ebenfalls ein Kardinalpunkt in den Augen der Regierung. Die Neigung zur Ertheilung einer „diskretionären Vollmacht“ beschränkt sich auf Dispensationen nur für die während der Kamphahe vorgebildeten Geistlichen, und auf den Erlaß des Eides für Bistumsverweigerer; nicht ganz klar ist, ob nach der Meinung der betr. Liberalen auch von dieser Vollmacht nur — wie es nach der bisherigen Haltung der National-Liberalen in der Kommission der Fall sein müßte — Gebrauch gemacht werden darf nach vorheriger Thatlichkeit der Staatsgesetze durch die Hierarchie. Unter der Voraussetzung des Infrastrittens nur in diesem Falle, würden ferner manche Liberale bereit sein, in der gewöhnlichen Form des Gesetzes auch noch in einigen anderen Punkten außer den beiden oben erwähnten, die Maigesetze abzuändern. Doch alle diese Stimmungen und Vorschläge wogen noch mirr durcheinander, und nach wie vor ist nicht abzusehen, was sich aus dieser trüben Gährung entwickeln wird.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 9. Juni.

r. Der gestrige Medardustag (8. Juni), dessen Witterung nach dem Volkslauben, ebenso wie die der Siebenschläfer, bestimmd für die Witterung der nächsten Wochen sein soll, ist günstig verlaufen, indem es nicht regnete und der Himmel sich aufhellte; auch ist das Barometer gestiegen. Heute Morgen hatten wir das schönste Wetter.

r. Feuer. Gestern Mittag 12 Uhr wurde die Feuerwache nach dem Gründstück Breitestraße 14 gerufen, wo in den Parterreräumen des Hinterhauses ein Brand ausgebrochen war, indem sich beim Kochen von Lach für ein dortiges Drogengeschäft derselbe entzündet und in kurzer Zeit das Feuer sich im ganzen Raum verbreitet hatte. Der Feuerwache gelang es in kurzer Zeit, den Brand mit Hilfe zweier Schlauchleitungen vom Hydranten aus zu löschen, so daß sie bereits 14 Uhr Nachmittags in ihre Station wieder zurückkehren konnte.

□ Moschin, 5. Juni. [Trübe Aussichten. Typhus.] Der Frost am 19. und 20. hat den Feldern in der Stadt und den umgebenden Dörfern ungeheure Schaden zugefügt. Manchen Wirthen ist der ganze Roggen total erfroren, so daß sie nicht einmal

ihre Aussaat wiederernten können. Den meisten ist jedoch z. bis 1 ihrer Roggenfelder durch den Frost vernüest worden. Trüben Blüten sehen diese Leute ihrer Zukunft entgegen, denn außer dem Verlust, den der Frost ihnen zugefügt, werden sie nach Inkrafttreten der neuen Buchergesetze von ihren Gläubigern zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen gedrängt. Der Notstand ist bereits vorhanden und wenn nicht auf irgend eine Weise diese Leute geholfen wird, so ist der sichere Ruin in eine einzige Aussicht. — Der Typhus, welcher nun schon seit Januar hier wütet, tritt mit immer größerer Gestalt auf. In den letzten acht Tagen sind sehr viele Erkrankungen und Todesfälle vorgekommen. — In der Nacht vom 4. zum 5. Juni brannte das Wohn- und Wirtschaftsgebäude des dicht an der Stadt gelegenen Dominiums Budzin total nieder. Wenn nicht glücklicherweise Windstille gewesen, wäre die Stadt aufs Ernsteste bedroht gewesen. Das Gebäude selbst hatte eine ungeheure Länge, war weit über hundert Jahr alt und fast nur von Holz gebaut. Wie gewöhnlich, so leistete auch hier wieder die kleine Badofspalte Hervorragendes.

□ Pleichen, 5. Juni. [Sängersfest. Ober-Ersatzgeschäft.] Am 20. Juni c. veranstaltet der hiesige Männergesangsverein, in Gemeinschaft mit den hierzu eingeladenen Gesang-Vereinen von Jarotschin, Ostrowo, Koichmin und Dobrzica, ein Gefangest. Es soll dasselbe aus 3 Theilen bestehen: 1) Begrüßung der zahlreich angemeldeten Gäste um 11½ Uhr des Vormittags, 2) Konzert im Meisterschen Garten Nachmittags 4 Uhr, und 3) Liebertafel im Saale des Herrn Haupt um 9 Uhr Abends. — Das Konzert-Programm wird ein sehr reichhaltiger sein und kommen zur Aufführung gemeinschaftliche Gesänge sämtlicher Vereine, sowie Instrumental-Vorträge. Der Vorstand des Posener Provinzial-Sängerbundes soll von der Aufführung des Festes in Kenntnis gesetzt und gleichzeitig ersucht werden, eine Deputation nach hierher absenden. Erfreulich ist es für den hiesigen, schon seit lange bestehenden Männergesang-Verein, daß der hiesige Landrat Herr Gregorowius sich an die Spitze des Festkomites gesetzt hat. — Das Ober-Ersatzgeschäft findet in diesem Jahre für den Kreis Pleichen am 28. und 30. Juni c. im Hauptlichen Lokale statt. Sämtliche Gestaltungspflichtige müssen schon um 4 Uhr früh zur Stelle sein und sich nach der Farbe der Gestaltungspflichten zusammenstellen.

□ Neustadt b. B., 4. Juni. [Marktverkehr. Marktpreise. Ernteaussichten. Wahl.] Die Nachfröste und die darauf einige Tage hinter einander angehaltene Dürre haben auch nachtheilig in Bezug auf die Getreideanfuhr auf den Wochenmärkten gewirkt. Während an anderen Wochenmärkten bedeutende Quantitäten Getreide verschiedener Gattung zu Markte gebracht wurden, war der vergangene Wochenmarkt nur ganz schwach besucht und die Nachfrage nach Getreide war eine bedeutende. Es sind ungefähr zum Verkauf gestellt worden: 100 Kil. Weizen, 200 Kil. Roggen, 100 Kil. Gerste und 200 Kil. Hafer. Selbstverständlich ist diese geringe Quantität zu hohen Preisen vergriffen worden. — Gezahlt wurden für 100 Kil. Weizen 21,75—22,75 M., für Roggen 20—21 M., für Gerste 16—17 M., für Hafer 19—20 M., für Erbsen 18 M., für Bohnen 18 M. für Kartoffeln 5 M., für Stroh 6 M., für Heu 7 M. Fleisch und Wurstwaren behalten ihren alten Preis und wurde gezahlt: für 1 Kil. Rindfleisch 75—80 Pf., für Schweinfleisch 1 Vi., für Kalbfleisch 60 Pf., für Hammelfleisch 80 Pf. für geräucherten Speck 2,40 M. für Butter 1,50—1,60 M., für 1 Schok. Eier 2 M. — Nachdem jetzt einige Tage hintereinander Regen erfolgt ist, hat sich sowohl der Roggen und Weizen als auch die Sommergerste — Gerste, Hafer, Erbsen und Kartoffeln — im Wesentlichen gut erholt, ersterer steht in der Blüte und eine Freude und Lust ist es zu sehen, daß die Sommergerste in ihrem Gedeihen gute Fortschritte macht. Die vielen bis jetzt laut gewordenen Klagen, der Scheffel Roggen werde den Preis von über 9 Mark ersteigen und von der Sommergerste werden wenig oder fast gar kein Ertrag erzielt werden, werden sich wohl ein wenig gehoben haben. — In dem 5 Kilometer von hier entfernten Dorfe Brody ist zum Schultafeln-Rendanten bis zum 1. April 1886 der Bremereiverwalter Karl Hartkopf gewählt und vom königl. Landratsamte Neutomischel bestätigt worden.

□ Schneidemühl, 4. Juni. [Zurückgewiesener Prototyp. Schwurgericht. Amtsamt.] Der von mehreren Mitgliedern der hiesigen Schützengilde wider das abgehaltene diesjährige Königschießen bei dem Magistrat eingelegte Protest ist von demselben als unbegründet zurückgewiesen worden. In dem bezüglichen Schreiben des Magistrats heißt es: „Der § 44 des Statuts der hiesigen Schützengilde lautet wörtlich: Das Jahresfest der Schützengilde beginnt den zweiten und endigt den dritten Pfingstferiertag jeden Jahres nach den Vorschriften des dafür zu gebenden besonderen Reglements.“ In Gemäßheit dieser Bestimmung hat der Vorstand der Gilde nur die Pflicht, den Beginn des Festes den Mitgliedern der Gilde zu notifizieren, ohne eine Frist, welche zwischen der Einladung und dem Feiern liegen müßte, gebunden zu sein. Nach der uns vorliegenden Kurrende ist der Vorstand seiner Verpflichtung nachgekommen und daß die Einladung auch an die Beschwerdeführer ergangen ist, beweist deren Unterchrift auf der Kurrende. Es war Jonach eine besondere Einladung zum zweiten Schützenfesttag nicht erforderlich. Die Beschwerdeführer haben irrtümlich den Fall der Einberufung einer Generalversammlung im Auge. Die Einladung zu den durch Statut geregelten Feierlichkeiten gehört aber nicht vor die Generalversammlung, sondern sie steht lediglich dem Vorstande der Gilde zu, welcher nach § 16 des Statuts die inneren und äußeren Angelegenheiten der Gilde veraltet.“ Die Beschwerdeführer wollen sich bei diesem Bescheide nicht beruhigen, sondern die Entscheidung der königlichen Regierung zu Bromberg anrufen. Sie behaupten nämlich, daß, da der Einmarsch für den ersten Festtag durch Beschluß der Generalversammlung aufgehoben war, auch ein Ausmarsch am zweiten Festtag in corpore nicht stattfinden würde, oder wenn so doch die Stunde des Ausmarsches den Mitgliedern vorher bekannt hätte bekannt gemacht werden müssen. — Am 30. d. M. beginnen hier selbst die Sitzungen der diesjährigen dritten Schwurgerichtsperiode. — Gestern hat der zum hiesigen Polizeikommarius gewählte frühere Polizei-Unterhauptmann Tschentschner aus Rottbus ein Amt hier selbst angetreten.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 8. Juni. In der am 7. d. M. unter dem Vorste des Staatsministers Hofmann abgehaltenen Sitzung des Bundesrates wurde die vom Präsidium vorgelegte, für die Zoll- und Steuerbehörde bestimmte Anleitung zur Auffstellung der statistischen Überichten über die Besteuerung des Tabaks auf den Vortrag des Kommissars der elsässisch-lothringschen Landesverwaltung, Generaldirektor Fabricius, festgestellt. Der herzoglich braunschweigische Bevollmächtigte, Wiel. Rath von Liebe, erstatte Namens des III. und VII. Auschusses Bericht über die durch einen zwischen Baden und der Schweiz stattgehabten Gebietsaustausch, sowie durch die Überweisung eines früher badischen Gebietsteiles an Bayern nötig gewordene anderweitige Feststellung der Bevölkerungsziffern, welche der Berechnung der Matrularbeiträge, der Vertheilung des Rekrutenbedarfs und den Abrechnungen über die gemeinsamen Zoll- und Steuernahmen zu Grunde zu legen sind. Die Versammlung faßte den Antrag des Referenten gemäß Beschuß. Eine auf die Denaturirung des Spiritus bezügliche Eingabe deutscher Gutsfabrikanten wurde den Ausschüssen für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr überwiesen.

Berlin, 8. Juni. S. M. Korvette „Ariadne“, 8 Geschütze, Kommandant Korr.-Rapt. Freiherr v. Hollen, ist am 6. Juni c. in Montevideo eingetroffen.

Dortmund, 8. Juni. Heute früh fand auf Schacht 2 der benachbarten Zeche Neu-Isenlohn eine Entzündung schlagender

Wetter statt, bei welcher mehrere Bergleute getötet wurden. Bis Mittag waren, wie die "Westfälische Zeitung" meldet, bereits 8 Tote zu Tage geschafft.

München. 8. Juni. Der diesseitige Gesandte in Berlin, v. Ruhardt, wurde gestern von dem Könige auf Schloss Berg in Audienz empfangen. Ruhardt wird sich in den nächsten Tagen nach Italien begeben.

Würzburg. 8. Juni. In der heutigen Schlusssitzung der Wanderversammlung der bairischen Landwirthe, welcher Prinz Ludwig bewohnte, sprach Thünen-Rößbach gegen die neuen direkten Steuerreformenwürfe des Finanzministers, von Riedel. Die Versammlung nahm hierauf einen Antrag Thünen's gegen die Reformenwürfe an und setzte eine Kommission ein zur Ausarbeitung von Detailvorschlägen. Die Kommission besteht aus Thünen, Baron Lichtenfeld und Dr. Buhl. Der Minister des Innern, v. Pfeifer, protestierte gegen die Neuherierung Thünen's, daß die Beamten alle Schuld an der schlimmen modernen Gegebenung trügen und erhob ferner dagegen Einspruch, daß der abwesende Finanzminister aggressiv in die Diskussion gezogen werde. Der Minister des Innern verließ hierauf die Versammlung. Zum nächsten Versammlungsorte wurde Speyer gewählt.

Pest. 8. Juni. Der Wehrausschuß beschloß, die Verathung des Gesetzentwurfs betreffend die Revision des Wehrgezes bis zur Herbstsession zu vertagen. Der Minister Szende hatte eine noch im Laufe der jetzigen Session stattfindende Berathung für wünschenswerth erklärt, damit die Wohlthaten einzelner Abänderungen bei der nächsten Aushebung zur Geltung kämen.

Brüssel. 8. Juni. Bei den heute stattgehabten Wahlen zur Repräsentantenkammer haben die Liberalen in Birton und Neufchateau zwei Sitze gewonnen. In Bastogne, Marche und Louvain wurden die bisherigen Klerikalen Deputirten und in Philippeville, Arlon und Nivelles die bisherigen liberalen Deputirten wiedergewählt. In Brüssel erhielten die von der Assoziation libérale aufgestellten Kandidaten in 40 Bureaux eine Majorität von etwa 4000 Stimmen.

Brüssel. 8. Juni. Weiterer Meldung zufolge ging die von der liberalen Assoziation aufgestellte Kandidatenliste hier mit einer Majorität von 5400 Stimmen durch. In den Wahlbezirken Dinant, Malines, Dirmude und Furnes wurden die katholischen Kandidaten wiedergewählt; in Namur trug der katholische Kandidat den Sieg davon, im Uebrigen sind daselbst noch 3 Stichwahlen nothwendig. In Antwerpen ging die von der katholischen Partei aufgestellte Kandidatenliste mit 200 Stimmen Majorität durch. In Brügge wurde ein katholischer Kandidat gewählt, außerdem wurden noch zwei Stichwahlen erforderlich.

London. 7. Juni. [Oberhaus.] Auf eine Anfrage Lord Stanleys erklärte der Herzog von Argyll, die Aufhebung des englischen Postamts in Konstantinopel sei unter den obwal tenden Umständen unthunlich. Von Lord Granville wurde in Beantwortung mehrerer an ihn gerichteter Anfragen bemerkt, die Pforte habe außer 61,000 der letzten Februar-Coupons von den garantirten Anleihen die Auslagen für Zinsen entrichtet. Welche politisch die zweckmäßigste sein werde, um die pünktliche Zahlung der fälligen Beträge der Anleihen Seitens der Pforte zu sichern, könne er im Augenblick nicht sagen.

[Unterhaus.] Von Seiten der Regierung wurde angekündigt, daß in der nächsten Session die Abschaffung der Prüfungstrafe beim Heere und bei der Flotte beantragt werden solle. Bei der Spezialdebatte über das Marinebudget machte der Parlamentssekretär der Admiraltät, Le Sevre, die Mittheilung, daß die Regierung die Inangriffnahme des Baues von 2 neuen Panzerschiffen verschoben und statt dessen die rasche Fertigstellung der 2 bereits im Bau begriffenen Schiffe "Ajar" und "Agamemnon" angeordnet habe, welche bis Ende Dezember 1881, resp. bis zum 1. März 1882 vollendet sein werde. In Beantwortung einer Anfrage Bartlett's erklärte Unterstaatssekretär Dilke, der Konsul Michel in Philippopol habe selbst aus gesundheitsrücksichten einen Urlaub gewünscht und erhalten, ein Nachfolger für denselben sei nicht ernannt.

London. 8. Juni. Der "Times" zufolge wäre Challemel Lacour zum hiesigen französischen Botschafter ernannt worden.

Southampton. 7. Juni. Der Hamburger Postdampfer "Gellert" ist hier angekommen.

Petersburg. 8. Juni. Der "Regierungsbote" bringt in seiner heutigen Beilage ein Reskript des Kaisers an den Grafen Loris-Metkoff, in welchem es heißt, die von allen Ständen der Petersburger Bevölkerung bei Überführung der sterblichen Überreste der Kaiserin aus dem Winterpalais nach der Peter-Paulskathedrale befundene Theilnahme habe ihn und die kaiserliche Familie mit grossem Trost in ihrer tiefen Trauer erfüllt. Dieser aufrichtige Ausdruck der Liebe und Treue habe von jeher ein unbestreitbares Zeugnis abgelegt von der zwischen dem russischen Volke und seinem Kaiserhause herrschenden Einigkeit, welche die Vorsetzung zum Ruhme und Glücke Russlands immer unerschüttert erhalten möge. Schließlich beauftragt der Kaiser den Grafen Loris-Metkoff, allen Bewohnern der Residenz seinen herzlichen Dank für die bewiesene Theilnahme auszudrücken.

Bukarest. 8. Juni. Das amtliche Blatt veröffentlicht die neuen Vorschriften über die Bedingungen, unter welchen Ausländer der Aufenthalt in Rumänien gestattet wird. Durch dieselben werden alle Bestimmungen des Reglements vom 26. Febr. d. J., welche als veratorische angesehen werden könnten, aufgehoben. Als Regel gilt, daß alle in Rumänien reisenden oder wohnenden Fremden eine Aufenthaltskarte haben müssen; befreit davon sind aber alle Reisenden, welche sich nicht länger als 30 Tage im Lande aufhalten, sowie diejenigen Ausländer, welche immobile, industrielle oder kommerzielle Etablissements im Lande besitzen oder welche seit 5 Jahren ein Gewerbe im Lande betreiben. Die Aufenthaltskarten werden gegen Vorzeigung eines Passes unentgeltlich ausgestellt.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Insersa- übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni 1880.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
8. Nachm. 2	748,3	W stark	bedeckt ¹⁾	+17,1
8. Abends, 10	752,8	W schwach	trübe	+13,0
9. Morgs. 6	751,2	S schwach	heiter	+13,4

¹⁾ Regenhöhe 1,4 mm.

Wetterbericht vom 8. Juni, 8 Uhr Morgens.

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach Meeressiw. reduz. in mm.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Aberdeen .	751,9	NW leicht	halbbedeckt	9,4
Kopenhagen .	751,9	NW mäßig	wolfig	10,0
Stockholm .	747,7	NO leicht	wolfig	11,0
Gavarama .	747,8	NO mäßig	bedeckt	3,6
Petersburg .	751,1	SW still	bedeckt	10,2
Moskau .	758,0	SSW still	wolfig	15,9
Gorl .	754,6	NW frisch	wolfig ¹⁾	11,1
Brest .	761,6	W schwach	wolfig ²⁾	12,2
Helder .	756,1	WSW schwach	wolfig	11,1
Solt .	753,1	WSW frisch	wolfig ³⁾	10,3
Hamburg .	756,3	WSW mäßig	halb bed. ⁴⁾	12,0
Swinemünde .	754,4	W frisch	halb bed. ⁵⁾	11,4
Neufahrwasser .	751,1	W sturmisch	Regen ⁶⁾	10,4
Memel .	747,3	S frisch	Regen ⁷⁾	11,1
Paris .	762,6	W mäßig	halb bed.	13,4
Krefeld .	fehlt			
Karlsruhe .	763,4	SW stark	wolfig	15,1
Wiesbaden .	763,3	SW mäßig	halbbedeckt ⁸⁾	12,8
Kassel .	759,0	SSW leicht	halbbedeckt ⁹⁾	13,3
München .	765,2	W stark	wolfig	16,0
Leipzig .	761,0	WSW schwach	halbbedeckt ¹⁰⁾	13,8
Berlin .	758,3	SO stark	wolfig ¹¹⁾	11,6
Wien .	763,0	W leicht	wolfig	17,1
Breslau .	761,1	W stark	halbbedeckt	12,5

¹⁾ Seegang mäßig. ²⁾ Seegang leicht. ³⁾ Böen mit Donner und Regen. ⁴⁾ Etwas Dunst. ⁵⁾ Nachts sturmisch mit Regen. ⁶⁾ Häufig starke Sturmböen mit Regen. ⁷⁾ Seegang mäßig. ⁸⁾ Gestern Regen. ⁹⁾ Abends heftiger Regen und Sturmböen. ¹⁰⁾ Nachts Sturm. ¹¹⁾ Nachts Regen und Sturm.

Übersicht der Witterung.

Das unruhige, böige Wetter, welches gestern stellenweise im Westen herrschte, hat sich über das Ostseegebiet ausgedehnt, wo seit der Nacht vielfach starke Sturmböen, die sich stellenweise zum vollen Sturme steigerten, auftraten. Brüderort meldet schweren Weststurm mit Regenböen. Im Nordseegebiete sind die Winde wieder schwächer geworden und sind allenthalben, wie überhaupt in West-Central-Europa, Aufklaren eingetreten. Außer in Süddeutschland und Österreich, wo es etwas wärmer geworden ist, haben sich die Temperatur-Verhältnisse nicht wesentlich geändert. Mizza: Still, Dunst, 18,6 Grad.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 7. Juni Mittags 1,54 Meter.
= 8. = 1,68 =

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 8. Juni. (Schluß-Course.) Still. Lond. Wechsel 20,477. Pariser do. 80,92. Wiener do. 172,90. R.-M. St.-A. 147,5. Rheinische do. 159. Hess. Ludwigsh. 98,5. R.-M.-Pr. Anth. 132,5. Reichsamt. 100. Reichsbank 148,5. Darmstb. 143,5. Meiningen B. 94. Ostf.-ung. Bf. 717,00. Kreditaktien ¹⁾ 238,5. Silberrente 63,5. Papierrente 63,5. Goldrente 76,5. Ung. Goldrente 93,5. 1860er Loose 125,5. 1864er Loose 312,00. Ung. Staatsl. 217,00. do. Ostb.-Ob. II. 87,5. Böh. Westbahn 193,5. Elisabethb. 164,5. Nordwestb. 138,5. Galizier 228,5. Franzosen ²⁾ 237,5. Lombarden ³⁾ 72,5. Italiener —. 1877er Russen 91,5. II. Orientali. 60,5. Centr.-Pacific 109,5. Diskonto-Kommandit —. Elbthalbahn —.

Nach Schluss der Börse: XI. Titatien 238,5. Franzosen 237,5. Galizier 228,5. ungarische Goldrente —. II. Orientanleihe —. 1860er Loose —. III. Orientanleihe —. Lombarden —. Schweizer. Zentralbahn —. Mainz-Ludwigshafen —. 1877er Russen —.

¹⁾ per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 8. Juni. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 238,5. Franzosen —. Lombarden —. 1860er Loose —. Galizier 229,5. österreich. Silberrente —. ungarische Goldrente 93,5. II. Orientanleihe 60,5. österr. Goldrente —. Papierrente —. III. Orientanleihe —. 1877er Russen —. Meiningen Bank —. Still.

Wien. 8. Juni. Anfangscourse. Kreditaktien 275,40. Franzosen 275,50. Galizier 265,25. Anglo-Austr. 133,50. Lombarden 84,50. Papierrente 73,70. österr. Goldrente 88,90. ungar. Goldrente 108,12. Marknoten 57,75. Napoleon 9,35. 1864er Loose —. österr.-ungar. Bank —. Nordbahn —. fest.

Wien. 8. Juni. (Schluß-Course.) fest. Kreditaktien und lokale Banken gefragt. Renten stagnirend, Bahnen mit Ausnahmen von Lombarden behauptet.

Papierrente 73,70. Silberrente 74,10. österr. Goldrente 88,90. Ungarische Goldrente 108,20. 1854er Loose 122,50. 1860er Loose 130,50. 1864er Loose 171,20. Kreditloose 180,20. Ungar. Prämiens 111,70. Kreditaktien 276,10. Franzosen 275,00. Lombarden 84,50. Galizier 265,40. Kasch.-Öderb. 127,70. Paribus 128,70. Nordwestbahn 162,00. Elisabethbahn 190,50. Nordbahn 245,50. österr. Reichsamt. 107,80. Anglo-Austr. 135,10. Wiener Bankverein 135,00. Ungar. Kredit 264,75. Deutsche Plätze 57,15. Londoner Wechsel 117,55. Pariser do. 46,25. Amsterdamer do. 97,10. Napoleon 9,36. Dufaten 5,54. Silber 100,00. Marknoten 57,80. Russische Banknoten 1,24. Lemberg-Zernowitz 165,00. Kronpr. Rudolf 159,00. Franz-Josef 168,50. Theißloose 107,60.

Wien. 8. Juni. (Privatverkehr.) Kreditaktien 276,20. Papierrente 73,60. ungar. Goldrente 108,15. — fest. Wochenausweis der österr. Südbahn vom 27. Mai bis zum 2. Juni 724,305 fl. Mindereinnahme 82,429 fl.

Florenz. 8. Juni. 5 p.C. Italienische Rente 95,17,5. Gold 21,95.

Petersburg. 8. Juni. Wechsel auf London 25,5, II. Orient-Anleihe 90,5. III. Orientanleihe 90,5.

Paris. 8. Juni. Boulevard-Börse. 3 proz. Rente —. Anleihe von 1872 119,00. Italiener 86,70. österreich. Goldrente —. ungar. Goldrente 95,5. Türken —. Spanier exter. —. Egypta 296,00. Banque ottomane —. 1877er Russen —. Lombarden —. Lütticherloose —. III. Orientanleihe —. Ruhig.

Paris. 8. Juni. (Schluß-Course.) fest.

3 proz. amorph. Rente 87,25. 3 proz. Rente 85,77,5. Anleihe de 1872 119,02,5. Italiener 5,5 proz. Rente 86,70. österr. Goldrente 76,5. Ung. Goldrente 95,5. Russen de 1877 95,5. Franzosen 59,50. Lombardische Eisenbahn-Aktien 183,75. Lombard. Prioritäten 278,00. Türken de 1865 11,15. 5 proz. rumänische Anleihe 76,60. Credit mobilier 670. Spanier exter. 18,5, do. inter. 16,5. Suez-

kanal-Aktien —. Banque ottomane 54,1. Societe generale 55,8. Crédit foncier 126,8. Egypte 297. Banque de Paris 108,5. Banque d'escrope 78,7. Banque hypothecaire 610. III. Orientanleihe 604,5. Türkensloot 36,00. Londoner Wechsel 25,32,5.

London. 8. Juni. Consols 98,5. Italien. 5 proz. Rente 85,5. Lombarden 7,5. österr. Lombarden alte 10,5. österr. do. neue —. 5 proz. Russen de 1871 88,5. österr. Russen de 1872 88,5. 5 proz. Russen de 1873 87,5. österr. Russen de 1865 10,5. österr. fundierte Amerikaner 105. österr. Silberrente —. do. Papierrente —. Ungar. Goldrente 93,5. österr. Goldrente 75,5. Spanier 17,5. Egypte 99,5. 4 proz. hair. Anleihe 99.

Brewh. 4 Prozent. Consols 99,5. 4 proz. hair. Anleihe 99.

</div

Produkten-Börse.

Berlin, 8. Juni. Wind: NW. Wetter: Veränderlich.
Weizen per 1000 Kilo loko 207—238 M. nach Qualität gefordert, W. Poln. m. Ger. — M. a. B. bez., seiner gelber Märkischer — M. ab Bahn bez., per Juni 226—225 M. bez., per Juni-Juli 223½—221½ M. bez., per Juli-August 211—209 M. bez., per September-Oktober 206½—204½ M. bez., per Oktober-November — bez., per November-Dezember — bez. Gefündigt 2000 Zentner. Regulierungspreis 225 Mark. — Roggen per 1000 Kilo loko 190—208 M. nach Qualität gefordert, Russischer 194 f. W. bez., inländischer 205 M. ab Bahn bezahlt, Hochfeine — M. a. B. bez., seiner — M. f. W. bezahlt, per Juni 188—186½—187 M. bez., per Juni-Juli 181½—179½ M. bez., per Juli-August 174½—173 M. bez., per August-Septbr. — M. bez., per September-Oktober 170—168½ M. bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. bez. — Gerste per 1000 Kilo loko 160—203 M. nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 150—170 M. nach Qualität gefordert, Russischer 151—160 M. bez., Pommerscher 163—165 bez., Ost- und Westpreußischer — bez., Schlesischer 163—165 bez., Böhm. 163—165 bez., Galizischer — bez., per Juni 153 M. nom., per Juni-Juli 152½—151½ M. bez., per Juli-August 152 B. per August-September — M. per September-Oktober 148 M. bez. u. B. Gefündigt 9000 Zentner. Regulierungspreis 153 M. bez. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 179—205 M. Futterwaare 170—178 M. — Mais per 1000 Kilo loko 142 bis 145 M. bezahlt nach Qualität. Rumänischer — ab Bahn bezahlt, Amerikanischer 142 M. ab L. bez. — Weizenmehl per 100 Kilo brutto, 00: 32,00—30,00 M. 0: 30,00—28,50 M. 0/1: 28,50 bis 27,50 M. — Roggenmehl inclusive Saat, 0: 27,25—26,25 M. 0/1: 26,25—25,25 M. per Juni 26,40—26,20 M. bez., per Juni-Juli 25,95—25,90 M. bez., per Juli-August 25—24,90 M. bez., per August-

September — bez., per September-Oktober 24,40—24,30 M. bez., per Oktober-November 24,20—24,00 M. bezahlt, per November-Dezember 24,10—23,90 M. bez. Gefündigt — Str. Regulierungspreis — bez. — Deliastat per 1000 Kilo Winterraus 170—205 M. S.D. — bez., R.D. — bez., Winterrüben 160—168 M. S.D. — bez., N.D. — bez. — Rüböl per 100 Kilo loko ohne Fass 55,6 M., flüssig — M. mit Fass 55,9 M. per Juni 55,8 M. bez., per Juni-Juli 55,8 M. bez., per Juli-August 56,4 M. bez., per August — M. bez., per September-Oktober 57,9—57,6 M. bez., per Oktober-November 58,2 bis 57,9 M. bez., per November-Dezember 58,4—58,2 M. bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. bezahlt. — Leinöl per 100 Kilo loko 64 M. bez. — Petroleum per 100 Kilo loko 24,5 M. bez., per Juni 24,2 M. bez., per Juni-Juli — M. per Juli-August — M. bez., per September-Oktober 25,0 M. bezahlt, per Oktober-November — bez. Gefündigt — Zentner. Regulierungspreis — M. bez. — Spiritus per 100 Liter loko ohne Fass 65,5 M. bez., per Juni 65,4—65,5 M. bez., per Juni-Juli 65,2—64,9 M. bezahlt, per Juli-August 65,2—64,9 M. bezahlt, per August-September 64,6—64,2 M. bez., per September-Oktober 59,8—59,3 M. bez., per Oktober-November — bez. Gefündigt 10,000 Liter. Regulierungspreis 65,1 M. bez. (B. B.-B.)

Breslau, 8. Juni. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen: (per 2000 Pfund.) still, Gefündigt — Ben'ner Abg. Rüd. — per Juni 189 — bez. u. Br. per Juni-Juli 189 bez. u. Br. per Juli-August 176,50—176 bez. per August-September —, per September-Oktober 169 Br.

Weizen: Gefündigt — Str. per Juni 222 — Br. per Juni-Juli 222 Br. per Juli-August 218 Br.

Petroleum: per 100 Kilo loko 25 Br. per Juni.

Raps: per Juni 255 Br. 252 Gd

Hafer: Gef. — Str. per Juni 160 Gd. per Juni-Juli 160 Gd. per September-Oktober 138 Br. 139 bez. Spiritus: fest, Gefündigt 10,000 Liter Loko —, per Juni 63,50 Gd. u. Br. per Juni-Juli 63,50 Gd. u. Br. per Juli-August 63,80 bez. per August-September 63,20 Br. per September-Oktober 58,50 Br.

Zink: ohne Umsatz.

Stettin, 8. Juni. Wetter: Veränderlich. + 13 Grad R.

Barometer 28,1. Wind: W.

Weizen unverändert, per 1000 Kilo gelber inld. 213—221 M. weißer 217—223 M. per Juni 220,5 M. bez., per Juni-Juli 218—219 M. bez., per Juli-August 211,5 M. bez., per September-Oktober 204 bis 205—204½ M. bez. — Roggen matt, per 1000 Kilo loko inländischer 194—198 M. russischer 188—193 M. per Juni 190—189 M. bez., per Juni-Juli 180—179 M. bez., per Juli-August 171,5—169,5 M. bez., per September-Oktober 167—166—165 M. bez., per Oktober-November — M. bez. — Gerste ohne Handel. — Hafer fest, per 1000 Kilo loko Pommerscher 152—155 M. bez., Russischer 147—152 M. — Erbsen ohne Handel. — Winterrüben fest, per 1000 Kilo per September-Oktober 265 M. bez., per Oktober-November — M. — Rüböl geschäftslos, per 100 Kilo loko ohne Fass bei Kleinleuten 55,5 M. Br. per Juni und per Juni-Juli 54 M. Br. per September-Oktober 57 M. Br. per Oktober-November — M. Br. — Spiritus ruhig, per 10,000 Liter v. Et. loko ohne Fass 63,7 M. bez., per Juni-Juli 64 M. bez., 63,9 M. Br. u. Gd. per Juli-August 64,4 M. Br. u. Gd. per August — M. per August-September 63,9 M. Br. u. Gd. per September-Oktober 58,7 M. Br. u. Gd. per Ott.-Nov. — M. bez. — Angemeldet: nichts. — Regulierungspreise: Weizen 220,5 M. Roggen 189,5 M. Rüböl 54 M. Spiritus 64 M. — Petroleum loko 8 M. trans. bez. Regulierungspreis 8, alte Usam 8,25 M. bez.

Berlin, 8. Juni. Die Meldungen der auswärtigen Börsen hatten heute weder der Haltung eine Stütze, noch dem Geschäft eine Anregung geboten; Lust- und Geschäftslösigkeit kennzeichneten daher die Gründung des heutigen Börsenverkehrs in erster Linie. Dabei erschienen zum ersten Male seit langer Zeit die Renten ernstlich matt; sowohl ungarische Goldrente, als auch sechsprozentige rumänische Anleihe waren stark angeboten, ohne daß sich das Geschäft auf diesen Gebieten belebte. Dagegen lagen Laurahütte und Dortmunder Union bei Kursen, welche sich um 1—1½ Prozent anzugemessen, recht fest, und wurden auch zeitweise lebhaft gehandelt. Ebenso vermochten Kreditfonds- u. Aktien-Börse.

Pomm. B.-B. I. 120 5 104,60 bG do. II. IV. 110 5 101,40 bG

Pomm. III. rfs. 100 5 98,90 bG Pr. B.-C.-H.-Br. v. 5 109,50 bG

do. do. 100 5 102,50 G do. do. 115 4 105,50 G

do. (1872 u. 74) 4 100 5 102,50 G do. (1872 u. 73) 5 100 5 102,50 G

do. (1874) 5 100 5 102,50 G do. (1874) 5 100 5 102,50 G

Pr. Hyp.-A.-B. 120 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

Schles. Bod.-Geb. 5 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B

do. do. 4 104,25 bG do. do. 110 5 106,00 B